

**Migranten-
organisationen**Für mehr Partizipation
S.3Statements
S.5Kölner Integrationsagentur
S.6**Migration & Integration
Info**

Teilnehmende der 2. Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen im Juni 2018 in Berlin symbolisieren die Kraft eines Schwarms (mehr: www.bundeskonferenz-mo.de).

Liebe Leserinnen und Leser, Migrantenorganisationen (MO) nehmen bereits seit längerem eine aktive und selbstbewusste Rolle in der Gesellschaft ein. Für die Politik sind sie mittlerweile selbstverständliche Ansprechpartner und werden als Expert(inn)en für die Lebenslagen und Bedürfnisse von Migrant(inn)en anerkannt. In unterschiedlichen Organisationsformen und mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen treten sie für die Interessen von Eingewanderten ein und bringen sich in den gesellschaftlichen Diskurs über Integration und Diversität, aber auch darüber hinaus ein.

Dabei verfolgen Migrantenorganisationen zumeist ganz ähnliche integrations- und gesellschaftspolitische Ziele wie auch Wohlfahrts-

verbände und die Caritas. Sie treten für eine umfassende Teilhabe von Migrant(inn)en in allen gesellschaftlichen Bereichen ein und verstehen unter Integration einen vielseitigen und vielschichtigen Prozess, an dem alle Individuen und Institutionen der Gesellschaft beteiligt sind und in der Verantwortung stehen. Das grenzt sich von einem nach wie vor anzutreffenden Verständnis ab, das einseitig auf eine Integrations- oder Anpassungsleistung von Eingewanderten abzielt. Gleichzeitig stehen sie genauso wie die Caritas für eine offene Gesellschaft und die interkulturelle Öffnung ihrer Institutionen. Sie engagieren sich gegen Rassismus und anderweitige Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. »

Als selbstverständlich erscheint es vor diesem Hintergrund, dass gerade im Bereich der Integrationsarbeit und -politik aktive Migrantenorganisationen wichtige Kooperationspartner der Caritas sind – vor allem im lokalen Kontext und in der Migrationsarbeit vor Ort. Migrantenorganisationen sind Foren für Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement und an einigen Orten auch Anbieter professioneller sozialer Dienstleistungen. Vielerorts findet eine gute und intensive Zusammenarbeit der Caritas mit Migrantenorganisationen statt, auch wenn dies beide Seiten immer wieder vor Herausforderungen stellt.

Eine Auseinandersetzung mit der Rolle von Migrantenorganisationen – der sich auch das vorliegende Infoheft Migration und Integration widmet – ist komplex. Daher nähern wir uns dem Thema aus verschiedenen Blickwinkeln: Eingangs geben Marie Mualem Sultan und Nils Friedrichs vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) einen Überblick über die Entwicklung und Vielfalt von Migrantenorganisationen in Deutschland. Karin Weiss diskutiert die Frage, inwiefern Migrantenorganisationen als Schlüssel zur Partizipation betrachtet werden können. Einblicke in vielfältige Kooperationen vor Ort erhalten wir durch den Praxisbericht von Dorothee Bodewein vom Caritasverband Köln, die eindrücklich aufzeigt, welche unverzichtbaren Akteure Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit vor Ort sind. In welcher Rolle

Migrantenorganisationen sehen sich selbst in der Einwanderungsgesellschaft und welche Erwartungen sie an die Caritas und die Wohlfahrtspflege insgesamt haben, formulieren vier Vertreter(innen) bundesweit tätiger (Dachverbände von) Migrantenorganisationen, die wir für den Themenschwerpunkt dieses Heftes angefragt hatten.

Die wichtige gesellschaftliche Funktion von Migrantenorganisationen wird durch die Beiträge ein weiteres Mal deutlich. Für die Caritas und ihre Einrichtungen und Dienste ist also angezeigt, möglicherweise bestehende Vorbehalte weiter abzubauen und die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen auf Augenhöhe zu intensivieren. Dadurch eröffnet sich die Chance, gemeinsam eine Einwanderungsgesellschaft im Sinne einer teilhabeorientierten Integrationspolitik mitzugestalten. Wir hoffen, durch diese Ausgabe einen Impuls und Ideen dafür geben zu können.

Ihr
Tobias Mohr



Tobias Mohr

*Komm. Leiter des Referats Migration und Integration, Deutscher Caritasverband, Freiburg
E-Mail: tobias.mohr@caritas.de*

Thema

Entwicklung und Vielfalt von Migrantenorganisationen in Deutschland

Nachdem Migrantenorganisationen (MO) lange Zeit politisch kaum beachtet wurden und zugleich wissenschaftliche Grundsatzdiskussionen darüber stattfanden, ob sie per se integrativ wirken oder zu Abschottung führen, hat sich das Interesse an ihrer Arbeit etwa seit Mitte der 2000er-Jahre massiv gesteigert, und der Fokus der Debatten hat sich verlagert. Nunmehr steht die Anerkennung des Expertenwissens von MO und ihrer Vermittlerrolle bei der Ansprache migrantischer Zielgruppen im Vordergrund.

Dahinter stehen die mehrheitliche politische Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und der hiermit verbundene Kurswechsel hin zu einer aktiven Integrationspolitik. Damit verstärkten sich zugleich die in MO gesetzten Hoffnungen – sei es beim Thema interkulturelle Bildungsarbeit, einer interkulturellen Öffnung der Wohlfahrtspflege, der Entwicklung politischer Konzepte für gleichberechtigte Teilhabe oder auch, vor allem seit dem Jahr 2015, bei der Integration von Geflüchteten.

Aber was sind eigentlich Migrantenorganisationen? Eine allseits anerkannte Definition, was genau unter einer MO zu verstehen ist, existiert weder innerhalb noch außerhalb der Organisationslandschaft. Einigkeit scheint allenfalls darin zu bestehen, dass es sich bei MO um solche Vereine, Gruppen oder Initiativen handelt, die mehrheitlich von Menschen mit Migrationshintergrund getragen werden und deren Engagement sich im weitesten Sinne auf eine Migrationserfahrung bezieht – gleichviel, ob dies die Pflege einer gemeinsamen Herkunftskultur meint, entwicklungspolitisches Engagement für eine bestimmte Herkunftsregion oder ob sich das Engagement auf das Zusammenleben in Deutschland, Empowerment, den Kampf gegen Rassismus und das Ziel gleichberechtigter Teilhabe richtet.

Diese Heterogenität der Aktivitäten und Zielsetzungen von Migrantenorganisationen ist mit ein Grund dafür, dass das Wissen über sie bis heute bruchstückhaft geblieben ist. Es ist nicht einmal bekannt, wie viele Organisationen in Deutschland sich ihrem Selbstverständnis nach als MO begreifen.

Mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der Organisationslandschaft verdeutlicht ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, wie sich unterschiedliche gesellschaftspolitische Rahmenbedin-

gungen und Migrationsgeschichten auf die Form und Arbeitsweise von MO auswirken.¹ Die ersten ab den späten 1950er-Jahren in Westdeutschland unter Loslösung von den Wohlfahrtsverbänden gegründeten MO waren mehrheitlich zunächst herkunftshomogen aufgestellt; entlang der großen Zuwanderungsgruppen, die sich durch Deutschlands Anwerbeabkommen ergaben. Diese ersten MO dienten mehrheitlich der Pflege einer gemeinsamen Herkunftskultur. Erst im Laufe der Zeit und im Zuge des Familiennachzugs wurde auch die politische Interessenvertretung ein größeres Thema. So engagierte sich beispielsweise der 1973 gegründete Bund der Spanischen Elternvereine erfolgreich für die Öffnung der deutschen Regelklassen für spanische Kinder.

In der DDR hingegen war die Gründung von entsprechenden Selbstorganisationen verboten. Dazu gab es erst zu Beginn der 1980er-Jahre und dann in viel geringerem Umfang überhaupt einen nennenswerten Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, vor allem durch Vertragsarbeiter(innen) aus Vietnam. Insgesamt war und blieb Ostdeutschland eher von Ab- als von Zuwanderung geprägt. Aufgrund der insgesamt geringen Zahl von Zugewanderten waren schon die ersten kurz nach dem Mauerfall gegründeten MO häufiger herkunftsheterogen aufgestellt. In Reaktion auf verschiedene Herkunftsgruppen betreffende Probleme, zum Beispiel ökonomische und aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten oder fremdenfeindliche Übergriffe, wurden sie oft dezidiert mit dem Anspruch einer gegenseitigen Unterstützung und politischen Interessenvertretung gegründet. Ein Beispiel hierfür ist der Rostocker Verein „Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach“, der als direkte Reaktion auf die fremdenfeindlichen Übergriffe 1992 in Rostock-Lichtenhagen gegründet wurde.

Mittlerweile existieren herkunftsheterogene Vereine in der gesamten Bundesrepublik, und auch die Gründung von Netzwerken und Dachverbänden zur politischen Interessenvertretung hat erheblich zugenommen. Die Zielsetzungen und Aktivitätsfelder von MO differenzieren sich immer weiter aus, und sie betrachten sich verstärkt als Interessenvertreter und Impulsgeber für Politik und Gesellschaft.² Es gibt kaum einen Bereich, in dem MO nicht aktiv sind. Das erschwert zum einen wie eingangs erwähnt ihre definitorische Abgrenzung von nicht migrantischen Vereinen. Zum anderen lenkt diese Vielfalt den Blick auf ein zu wenig beachtetes Risiko, wenn sich das gesteigerte Interesse an Migrant*innenorganisationen ausschließlich auf integrationspolitische Vorhaben richtet.

Die Aktivitäten von MO lassen sich nicht auf ihren Beitrag zu integrationspolitischen Anliegen reduzieren. Zwar wirken viele von ihnen tatkräftig an dem Anliegen gleichberechtigter Teilhabe für alle hier Lebenden mit. Aber MO sind zugleich auch noch mehr, und ihre eher auf die Anliegen der eigenen Community gerichteten Aktivitäten dürfen nicht abgewertet werden – so wie man einem Sportverein nicht verübeln wird, dass er Sport auch dann fördert, wenn er keine integrationspolitischen Effekte verspricht.

Integrationspolitisches Engagement darf daher diskursiv nicht zu einer Bedingung für die Legitimation von MO werden. Es ist deshalb wichtig, den Facettenreichtum des Engagements von MO auch in der öffentlichen Debatte sichtbar zu machen. Andernfalls wird die Grundsatzdiskussion darüber, ob MO gut oder schlecht für die Integration sind, unbemerkt doch weitergeführt, nur eben verkürzt auf die Formel: Was tun Migrant*innenorganisationen für die Integration?

Dr. Marie Mualem Sultan

Wiss. Projektleiterin des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)

Nils Friedrichs

Wiss. Mitarbeiter des Forschungsbereichs beim SVR

Anmerkungen

1. WEISS, K.: *Engagementförderung im Kontext gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und staatlichen Handelns. Migrant*innenorganisationen in Ost- und Westdeutschland*. In: GROSS, T. et al. (Hrsg.): *Engagierte Migrant*innen. Teilhabe in der Bürgergesellschaft*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2017, S. 211–217.
2. PRIEMER, J.; SCHMIDT, M.: *Engagiert und doch unsichtbar? Migrant*innenorganisationen in Deutschland. Policy Paper 02 des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft*. Essen, 2018.

Migrant*innenorganisationen als Schlüssel zur Partizipation?

Die migrantische Organisationslandschaft hat sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Migrant*innenorganisationen (MO) haben vielfältige und anerkannte Funktionen in der Zivilgesellschaft übernommen. Große Dachverbände haben sich gegründet, die Ziele von Vereinen sind noch diverser geworden, und auch die Professionalität der Vereine hat sich sehr ausdifferenziert. Dabei werfen die breite positive Entwicklung und Etablierung von MO aber auch neue Fragen auf:

1. Ist es angesichts der Vielfalt von MO überhaupt sinnvoll, mit diesem Label zu arbeiten?

Migrant*innenorganisationen sind sehr verschieden. Je nach Ziel, Größe, Organisationsform, Professionalität der Aktiven usw. haben sie unterschiedliche Ziele und Funktionen ebenso wie unterschiedliche organisatorische und inhaltliche Kompetenzen oder Qualitätsstandards.

Eine ausschließliche Konzentration auf den Migrationshintergrund als entscheidendes Merkmal greift zu kurz. Die Definition von Vereinen als „migrantisch“, deren Ziele sich kaum von denen nicht migrantischer Vereine unterscheiden, kann sogar nicht intendierte Wirkungen haben: Werden Bildungsvereine nicht primär als

bildungsbezogene Vereine, sondern als migrationsbezogene gesehen, trägt dies zu Abgrenzung bei und gerade nicht zur Gleichstellung.

2. Bedeutet das Engagement in MO auch eine gleichberechtigte politische Partizipation?

Migrantenorganisationen sind ein wichtiger und legitimer Ausdruck religiöser, kultureller, sozialer sowie politischer Selbstbestimmung in einer pluralen Gesellschaft. Aber genauso muss klargestellt werden: Bürgerschaftliches Engagement kann nicht die eigene politische Vertretung ersetzen. MO haben sehr viel zur Wahrnehmung der Lebenssituation und der Interessen Zugewanderter in der Gesellschaft beigetragen, es gibt vielfältige Kooperationen mit staatlichen wie nicht staatlichen Akteuren. Die Selbstorganisationen sind ein wichtiger Schritt zur Teilhabe an der Gesellschaft. Sie sind jedoch keine politischen Organisationen. Der politische Einfluss von Migrantenorganisationen, einschließlich der Beiräte, ist begrenzt.¹

3. Erleichtert das Engagement in einer MO den sozialen Aufstieg?

Uslucan betont neben der Rolle von MO als demokratiebildendes Element besonders ihre Funktion als Vehikel der Aufwärtsmobilität.² Dies ist richtig und wichtig. Aufwärtsmobilität im Sinne eines sozialen Aufstiegs kann jedoch nur dann funktionieren, wenn die Gesellschaft sich auch öffnet und entsprechende Aufstiegschancen bereitstellt. Es fehlt jedoch nach wie vor an ausreichenden Übergängen zu den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, und die interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft steckt noch immer in den Anfängen. Die Partizipation im Rahmen einer MO ist ein wichtiger Schritt zur Teilhabe, aber immer noch stößt die Teilhabe zu oft an Grenzen.

4. Sind soziale Projekte von Migranten für Migranten dauerhaft eine Lösung?

Immer mehr MO sind heute unverzichtbare Träger sozialer Projekte. Migrantenorganisationen haben einen besseren Zugang zur eigenen Gruppe, können besser als mehrheitsgesellschaftliche Organisationen die Bedürfnisse der Migrant(inn)en einschätzen und vertreten. Aber wann ist es richtig, ein eigenes migrantisches soziales Projekt zu schaffen? Es kann ja nicht per se das Ziel sein, Projekte wie außerschulische Betreuung, Elternarbeit oder Jugendhilfe von vornherein und langfristig nach Herkunftsgruppen beziehungsweise nach Migrationshintergrund getrennt zu organisieren.

Herkunftshomogene Projekte können einen wichtigen Zwischenschritt bedeuten, sie können Hemmschwellen abbauen und Zugänge verschaffen. Hierin liegt ihre große Stärke. Aber sie können nicht dauerhaft die Lösung sein.

Wo ist eine Ergänzung bestehender Strukturen sinnvoll und wo nicht? Bilden MO eventuell eine Parallelstruktur für sozialstaatliche Aufgaben und tragen so sogar – ungewollt – dazu bei, dass dringende notwendige Prozesse interkultureller Öffnung in den Regeldiensten

sozialer Arbeit oder anderen Institutionen verhindert werden, da man jederzeit auf die Arbeit der MO verweisen kann?

5. Einmal MO – immer MO?

Auch MO werden älter – mehr und mehr stellt sich die Frage nach einem Generationenwechsel. Dieser Prozess ist zu unterstützen, da er Kontinuität schafft und erworbenes Wissen weitergegeben werden kann. Auf der anderen Seite muss aber auch die Frage gestellt werden, was es bedeutet, wenn sich auch noch die dritte Generation in „Migranten“-Vereinen engagiert. Dies heißt nicht, dass es in der dritten Generation nicht möglicherweise spezifische Bedarfe gäbe, die in eigenen organisierten Strukturen besser abgedeckt werden können als in heterogenen. Die Beibehaltung der Überschrift „migrantisch“ würde jedoch implizieren, dass auch die dritte Generation immer noch eine migrantische ist. Die „Vererbung“ des Migrationshintergrunds als Label sollte nicht entscheidendes und prägendes Merkmal für die Integration auch der nachfolgenden Generationen sein. Ziele, Form und das eigene Label des Vereins müssen sich den Bedürfnissen dieser Generationen anpassen.

6. Sollten MO als MO gefördert werden?

Nicht zuletzt ist die Frage aufzuwerfen, wie eine staatliche Förderung von MO angelegt sein sollte.³ Die Förderung jeder Form einer migrantischen Organisation, ob im Bereich Sport, Kultur, Religion, Bildung und anderem, aus Integrationsmitteln kann zur Folge haben, dass die jeweils eigentlich für diese Bereiche zuständigen Fördermittelgeber sich auf die Förderung von nicht migrantischen Organisationen konzentrieren. Dies würde eher eine Abgrenzung denn eine Integration bedeuten. Eine Förderung aus Integrationsmitteln ist zwingend und sinnvoll, solange MO noch keinen Zugang zu zielspezifischen Fördermitteln haben, und insbesondere dann, wenn es um eine politische Vertretung geht. Es sollte jedoch eine Förderung sein, die dazu beiträgt, gleichberechtigte Zugänge zu den regulären Fördermitteln zu ermöglichen.

MO und andere Integrationsakteure müssen solche Fragen diskutieren, auch wenn dabei Gewohntes auf den Prüfstand kommt.

Prof. Dr. Karin Weiss, Berlin

Erziehungswissenschaftlerin, Ministerialdirigentin a. D.

Anmerkungen

1. HUNGER, U.; CANDAN, M.: *Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*. Münster, 2009, S. 5.
2. USLUCAN, H.-H.: *Freiwilliges Engagement von Zuwanderern*. Aus *Politik und Zeitgeschichte (APuZ 14–15/2015)*, S. 28–35.
3. WEISS, K.: *Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung*. In: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *GESPRÄCHSKREIS MIGRATION UND INTEGRATION: Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration*. Reihe *Wiso Diskurs*, 6/2013, S. 21–31.

Statements von vier Migrantenorganisationen

Gemeinsame Fragestellung: „Wie schätzen Sie Ihre Rolle in der Einwanderungsgesellschaft ein, und was erwarten Sie von den Wohlfahrtsverbänden?“

1. Zentralrat der afrikanischen Gemeinde

Der Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland (ZAGD), 2012 gegründet, versteht sich als Interessenzusammenschluss, Netzwerk und Bundesdachverband von Organisationen und Einzelpersonen der afrikanischen Diaspora in Deutschland. Seine Ziele: die Interessen der Diaspora auf Bundesebene zu vertreten und eine Lobby zu schaffen. Zwecks Professionalisierung erhält der ZAGD seit 2017 eine Strukturförderung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und wird dabei mit professioneller Beratung unterstützt. Die damit entstandene hauptamtliche Struktur ermöglicht dem ZAGD, stärker als gesellschaftspolitischer Akteur aufzutreten und sich als Sachverständiger für soziale und integrationspolitische Fragestellungen zu etablieren.

Der ZAGD ist Gründungsmitglied des Verbands für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity. Dessen Ziel ist es, die interkulturelle Öffnung in der Wohlfahrtspflege voranzutreiben und eine bedarfsorientierte Versorgung aller Menschen mit Migrationsgeschichte sicherzustellen.

Unser Beweggrund als Migrantenselbstorganisation ist es vor allem, die soziale Integration von Afrikaner(inne)n in Deutschland zu realisieren. Dazu brauchen wir starke Partner. Gestern Migrant(innen) – heute Bürger(innen), so könnte man plakativ das Leben unserer afrikanischen Gemeinde in Deutschland darstellen. Als Bürger(innen) von heute oder von morgen kommt uns die Aufgabe des freiwilligen Engagements und der Freiwilligenarbeit zu. Somit erwarten wir von den Wohlfahrtsverbänden starke Partnerschaft für soziale Teilhabe und Teilnahme.

Aliou Sangare
Generalsekretär



2. DaMigra

Die Rolle des bundesweiten herkunftsunabhängigen und frauenspezifischen Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen – DaMigra – in der Einwanderungsgesellschaft ist essenziell. Wir verstehen uns als Sprachrohr für rund 70 Migrantinnenorganisationen bundesweit und setzen uns für die Interessen der Migrantinnen in Deutschland ein. Wir arbeiten mit Migrantinnen für Migrantinnen. Durch Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sind wir gute Ansprechpartnerinnen für Migrantinnen, Politik und Zivilgesell-

schaft. Wir verfügen über Expertise in Fragen der Gender- und Migrationspolitik und fordern tagtäglich gleichberechtigte politische, ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe der Migrantinnen ein.

Von den Wohlfahrtsverbänden erwarten wir vor allem interkulturelle Öffnung und Schaffung diskriminierungsfreier und diversitätsorientierter (Schutz-)Räume für Migrantinnenorganisationen, denn: Teilhabe und interkulturelle Öffnung – das sind zwei Seiten einer Medaille. Zum einen ist die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen, Organisationen etc. eine wichtige Voraussetzung für mehr Teilhabe von Migrantinnen. Zum anderen macht ein Mehr an Teilhabe automatisch ein Mehr an interkultureller Öffnung aus. Teilhabe ist für uns die Einbeziehung von Individuen, Bevölkerungsgruppen und ihren Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse; die Teilhabe am Haben, Sagen und Machen in einer Einwanderungsgesellschaft!

Dr. Delal Atmaca
Geschäftsführerin



3. Türkische Gemeinde in Deutschland

Als eine der strukturstärksten MO hierzulande hat die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) es sich seit einigen Jahren zur Aufgaben gemacht, andere MO bei ihrem Strukturaufbau zu unterstützen. Daraus ergeben sich für die TGD zwei Handlungsstränge: auf der einen Seite, MO beim Empowerment zu unterstützen, und auf der anderen Seite die Diversitätssensibilisierung bei Politik, Verwaltung und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Zentrale Elemente dieser Empowerment-Arbeit sind das Ermöglichen und die Koordination der Bundeskonferenz der MO. Hier kommen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik MO selbstbestimmt und selbstorganisiert zusammen. Ziel der Bundeskonferenz ist es, eigene teilhabeorientierte Handlungsempfehlungen in den Diskurs einzubringen.

Von der Wohlfahrtspflege erhoffe ich mir eine Diversitätsorientierung, die nicht nur bei der Gestaltung von Angeboten und Dienstleistungen ansetzt, sondern auch die Strukturen innerhalb der Wohlfahrtspflege entsprechend weiterentwickelt. Ziel sollte es sein, dass alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrer Herkunft

oder gemachten Rassismuserfahrungen, Dienstleistungen entsprechend ihrer Bedarfe in Anspruch nehmen können. Um die Strukturen und Angebote der Wohlfahrtspflege weiterzuentwickeln, ist es notwendig, dass von Diskriminierung betroffene Menschen an den Gestaltungsprozessen von Angeboten beteiligt sind. Bis dies in ausreichendem Maße sichergestellt werden kann, sind Kooperationen mit oder eigene Angebote von MO ein wichtiger Zwischenschritt.

Susanna Steinbach
Bundesgeschäftsführerin



4. neue deutsche organisationen (ndo)

Wir leben in einer spannenden Zeit: Wir verhandeln gerade, wer in Deutschland dazugehört und wer nicht. Dabei ist zu beobachten, dass es immer mehr Initiativen gibt, die sich gegen Rassismus engagieren und klarstellen, dass Deutschsein heute mehr ist, als deutsche Vorfahren zu haben. Manche der Engagierten nennen sich People of Color, Sinti, Roma, Schwarze Deutsche oder Bindestrich-Deutsche (Türkei-Deutsche, Asien-Deutsche etc.). Sie sind jüdisch, muslimisch, christlich oder nichtkonfessionell, viele sind Nachkommen von Arbeitsmigrant(inn)en oder Geflüchteten.

Seit 2015 treffen sich rund 100 postmigrantische Initiativen im Netzwerk der „neuen deutschen organisationen“. Unsere Gemeinsamkeit: Wir verstehen uns als Teil dieser Gesellschaft und als Gegenbewegung zum erstarkenden Rechtspopulismus. Wir wollen

mitreden, wenn es um die Zukunft der deutschen Gesellschaft geht – nicht nur in Sachen Integration und Migration.

Für mehr Mitsprache und Teilhabe gibt es viele gute Gründe. Zum Beispiel diese:

- ♦ Menschen mit Migrationsbezügen und Minderheitenmerkmalen sind insgesamt längst keine kleine Minderheit mehr. Jedes dritte Kind hat einen sogenannten Migrationshintergrund, in manchen Regionen sogar die Mehrheit der Schulkinder. Und auch ohne eigenen Migrationshintergrund sind viele Menschen familiär oder freundschaftlich involviert.
- ♦ Teilhabe ist es eine zutiefst demokratische Frage: Die Qualität einer Demokratie spiegelt sich am deutlichsten in ihrem Umgang mit Minderheiten. Denn sie bedeutet, dass allen das Recht zusteht, Politik und Gesellschaft mitzugestalten.
- ♦ Es geht um nichts Geringeres als Menschenrechte: Minderheiten haben ein Recht darauf, nicht benachteiligt (diskriminiert) oder rassistisch herabgewürdigt zu werden.

Wir glauben daran, dass bessere Teilhabe machbar ist. Etablierte Organisationen wie Wohlfahrtsverbände sehen wir als wichtige Allianzpartner(innen), die Zugänge schaffen und sich neben sozialen Themen auch für menschenrechtliche Themen starkmachen können – und sollen.

Ferda Ataman
ndo-Sprecherin

Von ihr erschien kürzlich: „Hört auf zu fragen. Ich bin von hier“, was eine Debatte über Zugehörigkeit anstieß (#vonhier).



Praxisbericht

Wegweiser, Brückenbauer, Lückenschließer

MO haben viele Aufgaben und sind unverzichtbare Akteure der Integrationsarbeit vor Ort

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für MO verändert. Sie werden zunehmend als Gesprächspartner, als bedeutender Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft sowie als Akteure in der Integrationsarbeit angesehen. Selbstorganisationen und Initiativen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind vielfach erste Anlaufstellen für Neuzugewanderte, Informationsbörsen und Wegweiser im Einwanderungsland sowie Übersetzer nicht nur in sprachlicher Hinsicht. Sie unterstützen, sind Vermittler von Sprache und Kultur, sind Multiplikatoren und bilden eine Brücke zwischen Herkunftsland und Einwanderungsgesellschaft.

Häufig beteiligen sie sich an sozialen und kulturellen Aktivitäten in ihrem Wohnumfeld und machen die bestehende Vielfalt von

modernen Stadtgesellschaften deutlich. Zudem sind sie Interessenvertreter ihrer Communitys.

Anerkennung als selbstverständliche Partner

Das Land Nordrhein-Westfalen erkennt die Bedeutung von MO mit dem seit 2012 bestehenden Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration an. Einen Schwerpunkt stellt die Qualifizierung und Vernetzung von MO dar.

Auch die Arbeit der seit 2007 ebenfalls vom Land unterstützten Integrationsagenturen steht für eine praktische Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten in Kommunen, Stadtteilen und Quartieren und bildet einen wichtigen Baustein.

Integrationsagenturen erkunden systematisch Einsatzfelder für Ehrenamtliche und Multiplikator(inn)en, sie erschließen Potenziale von Migrantenselbstorganisationen und motivieren, aktivieren und qualifizieren Ehrenamtliche, Multiplikator(inn)en und Migrantenselbstorganisationen für die Integrationsarbeit. Integrationsagenturen organisieren und begleiten zudem den Einsatz von Ehrenamtlichen.

Integrationsagentur der Caritas sieht Fortschritte und weiteren Handlungsbedarf für mehr Teilhabe

Diesen Aufgabenkanon erfüllt auch die Integrationsagentur des Caritasverbandes Köln. Sie fördert und initiiert Angebote für eine wirkungsvolle Integration in den Stadtteilen, arbeitet eng mit Institutionen, Vereinen, Initiativen und Aktiven zusammen. Die Integrationsagentur der Caritas unterstützt Einrichtungen und Institutionen dabei, zugewanderte Menschen zu erreichen, sie zu informieren und zu versorgen. Sie qualifiziert und entwickelt zudem das bürgerschaftliche Engagement von Zugewanderten für Zugewanderte und hilft dort, wo es im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu Problemen kommt. Sie fördert und unterstützt die Eigeninitiative von MO, informiert und sensibilisiert zum Thema Diskriminierung. Schließlich führt sie Bildungs- und Gruppenangebote zu verschiedenen Schwerpunkten durch und arbeitet in enger Kooperation mit den vielfältigen sozialen Akteuren. Zielstellung ist die Förderung des gleichberechtigten Zusammenlebens von Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen, Ethnien und Religionen im kommunalen Kontext.

Trotz ihrer komplementären Strukturen und Kompetenzen sind MO bislang nicht durchgängig in politische Entscheidungsprozesse auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene eingebunden. Hier besteht trotz eindeutiger Fortschritte weiterhin Handlungsbedarf. In einer Demokratie ist es wichtig, dass allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Sichtweisen in den politischen Diskurs einzubringen und dafür zu sorgen, dass ihre Interessen Berücksichtigung finden.

Problematisch wird es, wenn breite Bevölkerungsschichten vom politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen bleiben, bestimmten Gruppen der formale Zugang zur politischen Ebene verwehrt ist, da sie bestimmte rechtliche Voraussetzungen nicht erfüllen.

Ein weiterer Grund für geringere Teilhabemöglichkeiten liegt darin, dass Gruppen oder Personen nicht ausreichend über Wissen und Erfahrungen verfügen, um sich in den politischen Diskurs angemessen einbringen zu können.

Politische Bildung als Ausdruck politischer Teilhabe

Mit dem Projekt „Gemeinsam Zukunft gestalten“ schafft die Kölner Caritas-Integrationsagentur Voraussetzungen, MO im politischen Diskurs und im politischen Handeln zu stärken, Kontakte zu lokalen politischen Interessenvertreter(inne)n zu knüpfen und Vernetzungen aufzubauen. Dazu führt die Integrationsagentur MO, Initiativen und Multiplikator(inn)en in insgesamt zehn Workshops an eine aktive politische Teilhabe heran und macht ihre Selbstkompetenz, Potenziale und Interessen im politischen Kontext sichtbar. Dabei wird politische Bildung nicht ausschließlich als Vermittlung politischen Sachwissens verstanden. Vielmehr ist sie auch Auftakt zu einer aktiven politischen Beteiligung und zur Äußerung politischer Interessen.

Das ist kein neuer Weg. Seit Jahren engagiert sich die Kölner Caritas-Integrationsagentur in der Förderung und Kooperation von und mit MO und blickt erfolgreich auf verschiedene Projekte mit Qualifizierungs- und Vernetzungsschwerpunkten zurück. In deren Folge hat sich ein Netzwerk aus etwa 15 MO etablieren können. Austausch, Diskurs und Vernetzung der Organisationen und Initiativen untereinander werden gefördert. Auch ein Pool an Sprach- und Kulturmittler(inne)n, die fachlich begleitet und qualifiziert werden und bei Bedarf von Einrichtungen und Institutionen angefragt werden können, ist aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangen.

Gemeinsam Zukunft gestalten

Im Projekt bilden die Vertretung der Interessen von Zugewanderten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die Beteiligungsmöglichkeiten, sozialen Strukturen sowie die Vernetzung in der Kommune, die Zuwanderungs- und Asylpolitik in Deutschland und in Europa, Diskriminierung, Antidiskriminierungsrecht und Interventionsmöglichkeiten die thematische Klammer – verbunden mit der Offenheit, je nach den Bedarfen der MO und Multiplikator(inn)en auf aktuelle politisch und sozial bedeutsame Entwicklungen einzugehen.

Der erste Workshop fand in diesem Jahr im April unter großem Interesse statt. Die SPD-Kandidatin vom Mittelrhein für die Europawahl, Claudia Walther, referierte zu dieser entscheidenden politischen Weichenstellung am 26. Mai. Mitte Mai gab es den nächsten Workshop zur Fluchtpolitik, eingeladen war (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Heftes) der Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe, Peter Ruhenstroth-Bauer.

Dorothee Bodewein

*Leitung Leistungsbereich Integration und Beratung
Caritasverband für die Stadt Köln e. V.*

Bild Integrationsagentur Caritas Köln/S. Tafaj



Bei ihrem ersten Workshop 2019 hatte die Kölner Integrationsagentur der Caritas zu Infos über die Europawahl eingeladen.

Projektvorstellung: Migrantenorganisationen als Partner von Politik und Zivilgesellschaft

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) untersucht im Rahmen des Forschungsprojekts „Migrantenorganisationen als Partner von Politik und Zivilgesellschaft“ derzeit das Selbstverständnis und die Vielfalt von MO in Deutschland. Ein Fokus liegt auf ihrer Bedeutung als Interessenvertreter, Dienstleister im Wohlfahrtsstaat und integrationspolitische Akteure. Geplant ist eine möglichst vollständige Bestandsaufnahme durch eine Vollerhebung und Onlinebefragung

aller MO in Berlin, Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen.

Ziel ist dabei, Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und für die MO selbst zu entwickeln, besonders zur Optimierung von Förder- und Kooperationsstrukturen.

Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Die Veröffentlichung der Studienergebnisse ist für Ende 2020 vorgesehen.

Für weitere Informationen zur geplanten Befragung können Migrantenorganisationen sich auch via E-Mail an folgende Adresse wenden: mo@svr-migration.de

NACHGEDACHT



Lea-Friederike Neubert

Stabsstelle Interkulturelle Orientierung und Öffnung Diakonie Deutschland

E-Mail: lea-friederike.neubert@diakonie.de

Gesellschaft gestalten. Ein Plädoyer für konstruktive Kooperation

Migrantenorganisationen sind Akteure der Bürgergesellschaft. Sie bündeln migrantische und postmigrantische Erfahrungen

und geben ihnen eine Stimme. Als solche haben sie eine wichtige gesellschaftliche Brückenfunktion, auch für die freie Wohlfahrtspflege.

Die Initiative zur Selbsthilfe und Selbstorganisation zu ergreifen, entspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Netzwerke und Kooperationen zwischen „frischen“ und etablierten Akteuren stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Migrantenorganisationen sind auf Wachstumskurs. In keinem zivilgesellschaftlichen Bereich wächst das ehrenamtliche Engagement derart stark. Migrantenorganisationen sind in der Regel jung, klein, kreativ und heterogen. Es gibt herkunftsbezogene und herkunftsunabhängige Organisationen, Einzelkämpfer und Verbände. Manche verstehen sich als postmigrantische Organisationen, andere als Migrant(inn)enselbstorganisationen und wieder andere als neue deutsche Organisationen.

Wichtige Fragestellungen für die Diakonie sind: Wie können diakonische Einrichtungen ihre Angebote bedürfnisorientiert

und diversitätssensibel weiterentwickeln? Wie kann Diakonie migrantischen und postmigrantischen Interessen in diakonischen Arbeitsfeldern Gehör verschaffen?

Zur Beantwortung dieser Fragen sind Migrantenorganisationen unabdingbare Partner. Sie bündeln Kenntnisse der Bedürfnisse ihrer Communitys und Kompetenzen, die in der Einwanderungsgesellschaft wichtig sind. Deswegen kooperieren diakonische Träger, vor allem in niedrighwelligen Angeboten, bundesweit bereits mit Migrantenorganisationen auf lokaler Ebene.

Es ist Aufgabe der Wohlfahrtspflege, selbstkritisch zu überprüfen, ob die Angebote tatsächlich offen und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind. In der Einwanderungsgesellschaft gilt es, grundsätzlich (post-)migrantische Stimmen in Wohlfahrtsverbänden zu stärken. Dazu gehört, Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und diakonischen Einrichtungen auf lokaler Ebene in Netzwerken zu stärken. Zudem ist es an der Zeit, auszuloten, wie gezielte Kooperationen und Konsultationsprozesse mit Migrantenorganisationen die bedürfnisorientierte Qualität sozialer Dienstleistungen systematisch weiterentwickeln können. Diversität wird erst dann zur Stärke, wenn wir inklusiv handeln.

Lea-Friederike Neubert

IMPRESSUM

www.caritas.de

Redaktion: Tobias Mohr (verantwortlich), Stefan Peetz, Klemens Bögner
Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Redaktionssekretariat: Helga Büchele, Tel. 0761 200-384; E-Mail: migration.integration@caritas.de

Vertrieb: Rupert Weber; Tel. 07 61/200-420, Fax: 200-11 420, E-Mail: zeitschriftenvertrieb@caritas.de

Titelfoto: Andreas Schwarz

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e. V. in Freiburg

